

Antrag 2024/O/2**Jusos RLP, Jusos Koblenz, SPD Koblenz****Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Version der Antragskommission****Von Hass und Hetze betroffenen Kandidat*innen finanziell unterstützen**

1 Auch im letzten Europa- und Kommunal-
2 wahlkampf wurden wieder viele Plakate
3 und Werbemittel von Kandidat*innen un-
4 serer Partei beschädigt.

5
6 Dabei wurden z.B. Wahlplakate neben
7 den üblichen Schnurrbärten, Brillen und
8 ähnlichen "künstlerischen Gestaltungen"
9 auch mit ausländerfeindlichen, antisemi-
10 tischen, rassistischen, antiziganistischen,
11 homophoben und islamfeindlichen Parolen
12 beschmiert.

13
14 Von diesen Vorfällen sind übermäßig Kan-
15 didat*innen betroffen, die gesellschaftlich
16 diskriminierten oder marginalisierten
17 Gruppen angehören. Werden diese Pla-
18 kate deshalb entfernt, erreichen die
19 Täter*innen ihr Ziel, diese Gruppen aus
20 der Öffentlichkeit zu drängen, solange die
21 Kandidat*innen diese nicht auseigenen
22 Mitteln ersetzen.

23
24 Um die Auswirkungen dieser Taten zu ver-
25 ringern, fordern wir: Die Partei soll den Be-
26 troffenen die Kosten für den Ersatz ihrer
27 Plakate in künftigen Wahlkämpfen erstat-
28 ten. Wir halten es auch für wichtig und
29 sinnvoll, dass Personen, ob in der Partei,
30 oder auch außerhalb für dieses Ziel "zweck-
31 gebunden" spenden können.

32

33 Begründung

34 Wir leben in einer Zeit, in der sich politisch
35 aktive Menschen besonders bewusst sind,

Änderung ab Zeile 24:

Um die Auswirkungen dieser Taten zu ver-
ringern, soll die Partei einen Antidiskrimi-
nierungsfonds in Höhe von 5000,- Euro ein-
richten. Damit können wir den Betroffenen
konkret helfen. Dieser Fonds richtet sich
ausschließlich an Ehrenamtliche.

36 dass sie sich durch ihr Engagement der Ge-
37 fahr aussetzen (körperlich) angegriffen zu
38 werden.

39

40 Parallel dazu steigt stetig die Zahl der
41 Angriffe auf Angehörige marginalisierter
42 Gruppen, wie beispielsweise Menschen mit
43 Migrationshintergrund. Angriffe mit ras-
44 sistischem, antisemitischen, antiziganisti-
45 schen, homophobem und islamfeindlichen
46 Bezug sind wöchentlich medial präsent.

47

48 In Koblenz hat es mit Marlon Reinhardt
49 einen Kandidaten der Freien Wähler be-
50 sonders betroffen. Da er aus einer Sinti-
51 Familie stammt, wurden seine Plakate mit
52 antiziganistischen und holocaustverherrli-
53 chenden Parolen beschmiert. Im Verlauf
54 des Wahlkampfes wurden dann auch wei-
55 tere Plakate der Freien Wähler und anderer
56 Kandidat*innen der Freien Wähler in dersel-
57 ben Weise beschädigt. Dieser Fall steht ex-
58 emplarisch für die oben beschriebenen Zu-
59 stände.

60

61 Möchten Menschen sich kommunalpoli-
62 tisch engagieren, so müssen sie ihren Wahl-
63 kampf meist auch mit Geld aus ihrer eige-
64 nen Tasche bezahlen.

65

66 Die Marginalisierung und Diskriminierung
67 gesellschaftlicher Gruppen hat neben den
68 beschriebenen Anfeindungen in der Regel
69 auch eine finanzielle Komponente.

70

71 Deshalb begrüßen wir, dass viele Gliede-
72 rungen der SPD einen Anteil an Werbe-
73 materialien durch Parteigelder finanzieren,
74 wie zum Beispiel Wahlplakate für Kandi-
75 dat*innen höherer Listenplätze. So wird da-

76 für gesorgt, dass Menschen, egal welcher
77 Herkunft, unabhängig der eigenen finanzi-
78 ellen Mittel eine Chance bekommen.

79

80 Wir wissen, dass manche Verbände unserer
81 Partei beschmierte oder beschädigte Plaka-
82 te aus verschiedenen Gründen auch in der
83 Öffentlichkeit belassen.

84

85 Werden die beschädigten Plakate aller-
86 dings abgehängt, um beispielsweise Ho-
87 locaustleugnung nicht auf dem Schulweg
88 von Kindern zu belassen, müssen die Kan-
89 didat*innen für diesen Ersatz oft selbst auf-
90 kommen.

91

92 Gerade in politisch sehr aufgeladenen Zei-
93 ten wie diesen ist es wichtig, dass Kan-
94 didat*innen, deren Plakate aufgrund ihrer
95 Identität zerstört oder beschädigt werden,
96 nicht privat auf den Kosten sitzen bleiben.
97 Dies können wir lösen, indem wir als Ge-
98 samtpartei für diese Schäden aufkommen
99 und die Kosten für Ersatzmaterial überneh-
100 men.

101

102 So möchten wir die Auswirkungen von bei-
103 spielsweise menschenfeindlichen Schmie-
104 ereien auf Plakaten eingrenzen und hof-
105 fen, dass Kandidat*innen sich zumindest
106 nicht durch finanzielle Konsequenzen ab-
107 schrecken lassen und/oder gar von einer
108 Kandidatur absehen.